

GRÜNE SEITEN

Grafrath · Kottgeisering · Moorenweis · Schöngesing | Juli 2021
Informationen zur Bundestagswahl am 26. September

Deine
Stimme für
Grün!

#klimaschutz

Du hast es
in der Hand

Klimaschutz / 2

Menschenrecht Wohnen / 4

Verkehrswende / 6

Interview mit Beate

Walter-Rosenheimer / 8

Neuwahl Ortsvorstand / 8

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

ORTSVERBAND AMPERMOOS



Klimagerechten Wohlstand schaffen – 1,5°C-Grenze einhalten

Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Jedes halbe Grad zählt, jedes Jahr zählt. Daher ist Klimaschutz keine Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt. Wenn wir zu Beginn dieses Jahrzehnts konsequent handeln und die sozial-ökologische Transformation einläuten, können wir die Krise noch stemmen. Klimaneutralität ist dabei die große Chance zur Erhaltung unserer Lebensqualität, für mehr soziale Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohlstand. Diese Chance wollen wir ergreifen! Und das schon lange vor dem wegweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz.

Dabei schieben wir die Verantwortung zu klimagerechtem Verhalten nicht auf die einzelnen Bürger*innen und ihre Konsumentenscheidungen ab. Stattdessen setzen wir mit Anreizen, Förderungen und Gesetzen sinnvolle Leitplanken für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. So unterstützen wir die Umwandlung zu einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft mit neuen Arbeitsplätzen zum Beispiel im Bereich Erneuerbare Energien. Hierfür planen wir ein effektives Klimaschutz-Sofortprogramm und setzen einen politischen Rahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft im europäischen Kontext.

1,5°C-Grenze
 Im Pariser Klimaabkommen hat sich die internationale Staatengemeinschaft darauf geeinigt, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2°C, möglichst auf 1,5°C zu begrenzen. Dies ist die wissenschaftlich anerkannte Grenze. Danach werden Kipp-Punkte überschritten, nach denen die Erderwärmung nicht mehr zu stoppen wäre und immer schneller voranschreiten würde.

Klimaschutz ist für uns Querschnittsaufgabe

- € %
- § **ORDNUNGSRAHMEN FÜR EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT**
- UMBAU UNSERER LANDWIRTSCHAFT**
- KLIMAGERECHTE MOBILITÄT**
- WÄLDER & MOORE RETTEN**
- NACHHALTIG WOHNEN & BAUEN**
- VERSORGUNGSSICHERHEIT ERNEUERBARE ENERGIEN**

Bundesverfassungsgericht verpflichtet Regierung zu klaren Festlegungen beim Klimaschutz

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem bahnbrechenden Urteil festgestellt, dass Teile des Klimaschutzgesetzes von 2020 verfassungswidrig sind. Konkret wird angemahnt, dass die Bundesregierung auch über das Jahr 2030 konkretisieren muss, wie die Klimaziele erreicht werden sollen. Dabei beruft sich das Gericht auf das Grundgesetz und argumentiert, dass jetzige Generationen durch ihren hohen CO₂-Ausstoß nachfolgende Generationen nicht belasten dürfen und dadurch deren Freiheit eingrenzen

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Über dieses „Energiegeld“ geben wir alle CO₂-Einnahmen fair und gerecht an die Menschen zurück. So lohnt sich Klimaschutz und es findet ein sozialer Ausgleich statt. Geringverdiener*innen und Familien werden entlastet und Menschen mit hohem Einkommen belastet. Das Energiegeld soll nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden..

Klimaschutz darf kein Luxusgut sein. Energiewende sozialverträglich gestalten:

- Abfederung der CO₂-Bepreisung durch „Energiegeld“-Zahlungen
- Anreize und Förderungen für klimafreundliche Anschaffungen
- (finanzielle) Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen an Wind- und Solarparks
- Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld für Betriebe im Transformationsprozess

Unsere zentralen Klimaschutzforderungen:

- Windräder und Photovoltaik ausbauen
- Kohleausstieg bis 2030
- Sanierungsoffensive für Bestandsgebäude
- CO₂-Bepreisung massiv erhöhen
- Mobilitätswende: Investition in die Schiene, Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, ÖPNV und saubere Autos weiterentwickeln
- Strategie für grünen Wasserstoff für Industrie und Flugverkehr
- Klimagerechter Umbau der industrialisierten Landwirtschaft



#klimaschutz

„Jetzt geht es darum, alle an einen Tisch zu bringen – von der Wissenschaft über Fridays for Future bis hin zu den Industrievertreter*innen.“

Nur gemeinsam entwickeln wir realistische Lösungen, um unsere Emissionen bis 2030 so zu reduzieren, dass wir auf den 1,5°C-Pfad kommen.“

Annalena Baerbock





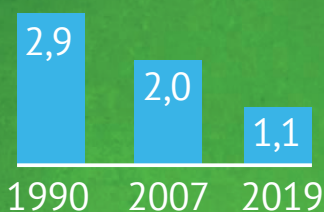
Wohnen ist ein Menschenrecht

Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht, festgeschrieben in Artikel 11 des Internationalen UN-Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Was selbstverständlich ist, darf nicht zum Luxusgut werden: Wer heute Immobilienanzeigen studiert, wird kaum Mietwohnungen im Angebot finden. Wenn überhaupt Wohnraum angeboten wird, dann zu Preisen von über 10 Euro/m². In München liegen die Mietpreise bei Neuvermietungen oft bei über 20 Euro/m². Da ist es kein Wunder, wenn immer mehr Menschen diese Mieten nicht mehr bezahlen können und sich im Umland ansiedeln. Besonders in Ballungsräumen sind die hohen Wohnungsmieten nicht nur ein Problem für Menschen in verletzlichen Lebenslagen. Die Miete frisst dort oft 40 Prozent des Einkommens. Das macht auch Normalverdiener*innen Probleme.

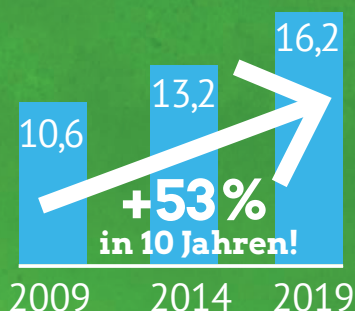
Nächste Regierung bei bezahlbarem Wohnraum am Zug

Die Mietpreisbremse der Bundesregierung hat angesichts des angespannten Mietmarkts versagt. Im letzten Sommer hat das Bayerische Verfassungsgericht das Volksbegehren für einen Mietstopp in 162 Kommunen abgewiesen. Mit der Begründung: Die Zuständigkeit liege beim Land. Kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht auch den Berliner Mietendeckel gekippt, auch hier wegen falscher Zuständigkeit. Als Grüne werden wir in der Regierung für bezahlbaren Wohnraum sorgen!

SOZIAL- WOHNUNGEN IN DEUTSCHLAND in Mio ⁽¹⁾



MIETSPIEGEL MÜNCHEN in €/qm ⁽²⁾



Quellen: (1) Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V, 2017; statistica.de; (2) BR24, „Gibt es in München eine Immobilienblase“, 30.01.2020, www.br.de/nachrichten/bayern/faktenfuchs-gibt-es-in-muenchen-eine-immobilienblase, RoUyZZb

Jahrelang vernachlässigt: Sozialer Wohnungsbau

Der Bestand an Sozialwohnungen hat sich in Deutschland zwischen 2007 und 2019 von 2 Mio. auf 1,1 Mio. fast halbiert. Viele Sozialwohnungen wurden in den vergangenen Jahren dem Sparzwang der öffentlichen Hand geopfert. So war Markus Söder verantwortlich für den Verkauf von 33.000 Sozialwohnungen der

#wohnen

„Wohnen ist ein Recht. Und der Markt soll den Menschen dienen. Der Grund- und Bodenmarkt sowie der Kauf und Verkauf von Wohnungen ist aber zum Anlage- und Spekulationsobjekt geworden.“

Robert Habeck



Landesbank an einen privaten Investor. Es gehen immer noch viele weitere Sozialwohnungen verloren – bundesweit rund 100 jeden Tag.

Auch bei uns: Förderung alternativer Wohnmodelle

Verschärft wird die Wohnungsknappheit durch die Tatsache, dass pro Einwohner*in immer mehr Wohnraum beansprucht wird. Es ist aber auch verständlich, wenn zum Beispiel ältere alleinstehende Menschen bei den heutigen Mietpreisen nicht aus der großen, noch günstigen Mietwohnung ausziehen wollen. Auch in unseren Orten ist das Problem bekannt: Sind die Kinder aus dem Haus, leben ältere Menschen oft allein in großen Häusern. Sie möchten am Ort bleiben, aber alternative Angebote für altersgerechtes Wohnen sind kaum vorhanden. Immer wichtiger wird deshalb die Förderung von alternativen Wohnmodellen und attraktivem Wohnraum auch für ältere Menschen, die im Ort wohnen bleiben möchten.

Generationenübergreifende Wohnungsförderung leistet gleich mehrere Beiträge zur Lösung des Wohnungsmarktpblems. Ältere Menschen erhalten die Chance auf einen Wohnungswechsel. Zugleich kann der vorhandene Wohnraum besser genutzt werden, beispielsweise für Familien. Erste Ansätze hierzu sind bei uns gemacht, etwa in Grafrath mit der Bereitstellung von seniorengerechtem Wohnraum über dem Supermarkt an der Hauptstraße und der Planung einer Seniorenwohnungsgemeinschaft auf dem Märchenwald-Areal.

Pläne der Grünen zum sozialen Wohnungsbau

- Verankerung des Rechts auf Wohnen im Grundgesetz
- Deutliche Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau
- Unterstützung für die Kommunen, ihre bestehenden Wohnungsgesellschaften zu stärken und neue zu gründen
- Einrichtung eines Bundesprogramms „Neue Wohngemeinnützigkeit“ für eine Million zusätzliche, günstige Mietwohnungen in den Ballungsräumen, sicher und auf Dauer
- Die noch vorhandenen bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investor*innen veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden.
- Genossenschaftliche Modelle der Wohnungswirtschaft fördern





Moderne Mobilität – klimagerecht und attraktiv

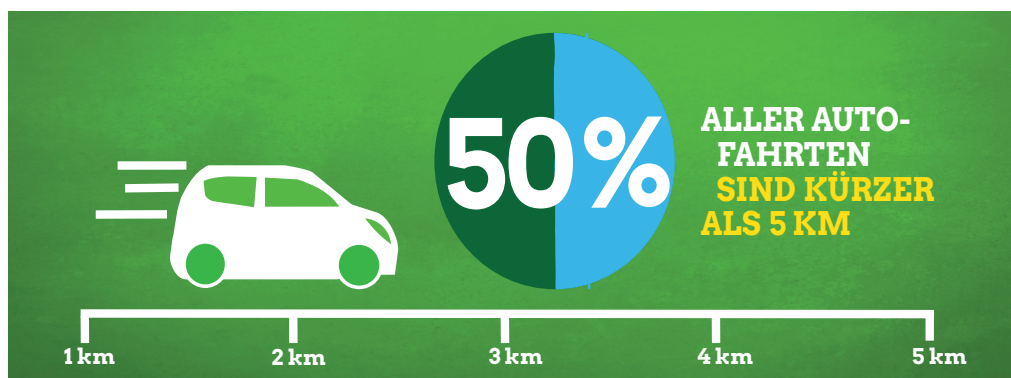
Wir alle wollen und müssen mobil sein. Deshalb muss es einfacher werden, klimafreundlich unterwegs zu sein. Klimafreundliche Mobilität ist vernetzte Mobilität. Mit optimal aufeinander abgestimmten Verkehrsmitteln wird es attraktiv, klimaschonend zu reisen. Eine gute Vernetzung von ÖPNV, Sharing-Angeboten, Rad- und Fußwegen und einer guten Ladeinfrastruktur wird klimagerechte Mobilität angenehm. Deutschland kann das Pariser Klimaschutzabkommen nur realisieren, wenn eine konsequente Mobilitätswende eingeleitet wird:

- durch weniger klimaschädlichen Verkehr
- durch Verlagerung von Verkehr auf ÖPNV und im Nahbereich auf Rad
- durch effizientere Technik
- und bis 2030 durch Umstellung auf erneuerbare Energien in den Antrieben: Weg von den Verbrennern!

Was bedeutet dies für unsere Orte?

- Wir brauchen die richtigen bundespolitischen Entscheidungen für gute Verkehrsregeln vor Ort!
- Straßenverkehrsordnung: Für Tempo 30 auch auf Kreisstraßen

Seit Jahren gibt es in unseren Orten die Forderung nach Tempo 30 auch auf den Kreisstraßen durch den Ort. Damit





kann die konkrete Gefährdung von Fußgänger*innen und Radelnden z.B. auf der Straße zwischen Bürgerstadt und Grafrather Bahnhof verringert werden. Solange selbst objektive Fakten wie Geschwindigkeits- oder Lärmmessungen mit Verweis auf die Straßenverkehrsordnung ignoriert werden können, stehen Bedürfnisse von Anwohner*innen und schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen immer hinten an.

Bundesverkehrswegeplan: Mehr Schiene statt mehrspurigem Straßenausbau

Laut dem jetzt noch gültigen Verkehrswegeplan soll die B 471 als Zubringer zwischen der A8 und A96 vierspurig ausgebaut und die A96 durch eine weitere Spur verbreitert werden. Gleichzeitig wird ein vierspuriger Ausbau der S4 durch eine widersinnige Kosten-Nutzen-Rechnung als „unwirtschaftlich“ kleingerechnet. Es wird Zeit, dass die Kosten von Umwelt und Klima endlich bei der Verkehrsplanung eingerechnet werden!

Unsere Ziele für eine erfolgreiche Mobilitätswende

- Die Bahn wird modernisiert und ausgebaut. Alle Busse und LKW fahren zu 100 % emissionsfrei.
- Der Güterverkehr läuft zu 50 % über die Schiene; LKW fahren mit „grünem Wasserstoff“
- Umstellung auf E-Antriebe im Individualverkehr. Aufbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, mit öffentlichen Ladesäulen auch im ländlichen Raum.
- Ab 2030 keine Neuzulassungen für Verbrenner im PKW-Verkehr (EU-weit)
- Vorrang für den Rad- und Fußverkehr im Nahraum. Dazu Ausbau der Radwegeinfrastruktur und Anpassung der Straßenverkehrsordnung auf die Bedürfnisse des Radverkehrs.
- Geschwindigkeit innerörtlich immer 30 km/h, auf mehrspurigen Straßen 50 km/h (wie in anderen europäischen Ländern)
- Abbau von Subventionen für klimaschädlichen Verkehr

Unsere Direktkandidatin im Interview

Beate Walter-Rosenheimer vertritt seit 2012 unseren Wahlkreis im Bundestag. Ihre Schwerpunkte sind Jugend-, Kinder- und Bildungspolitik.

Für den Klimaschutz gehen viele junge Menschen auf die Straße. Wie können sie in der Politik noch besser beteiligt werden?

Als jugendpolitische Sprecherin der Fraktion setze ich bei den Stärken und Interessen Jugendlicher an. Dabei ist Partizipation die Basis von allem. Egal ob Schule, Jugendclub oder Wohnviertel: Jugendliche wissen, was sie brauchen und haben ein Recht mitzureden. Kinder- und Jugendbeteiligung soll deshalb an allen Orten des Aufwachsens möglich sein. Zur Absenkung des Wahlalters auf 16 habe ich in dieser Legislatur einen Gesetzesentwurf eingebracht.

Wie soll die Schule der Zukunft aussehen? Worauf kommt es künftig an bei der Bildung unserer Kinder?

Wir brauchen Schulen, an denen Beteiligung gelebt und gelernt und Vielfalt wertgeschätzt wird und alle die gleichen Chancen haben. Wer früh ernst genommen wird und spürt, dass man Dinge selbst verändern kann, lernt Demokratie und geht als Erwachsener sicherer durchs Leben. Die Digitalisierung der Schulen muss endlich vorangehen: Alle Schulen benötigen jetzt dringend eine digitale Grund-



ausstattung in Form von professioneller Unterstützung bei Schulentwicklung, IT-Support und Datenschutz.

Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und bunter, auch auf dem Land. Wie willst Du als Bundestagsabgeordnete dazu beitragen, dass wir in dieser Vielfalt sozialen Frieden haben?

Eine vielfältige Gesellschaft braucht den ständigen Dialog und Gerechtigkeit. Am Anfang stehen dabei Information und Aufklärung. Alle Menschen – egal woher sie kommen, egal wie sie leben, egal wen sie lieben – müssen gleiche Startchancen haben. Wir dürfen niemand zurücklassen. Weil wir alle brauchen!

Du hast fünf Kinder, bist gerne Mutter und hast immer mit voller Power Politik gemacht. Was rätst Du jungen Frauen, die in der Politik, in der Wirtschaft und der Arbeitswelt Verantwortung übernehmen wollen?

Klarer Appell an alle Frauen – gerade auch an die jungen, die mit Kindern mitten im Leben stehen: Um politisch etwas zu verändern braucht es auch Macht. Frauen sollten sich vor Machtanspruch nicht scheuen und sich mit Mut und Selbstsicherheit ganz nach vorne wagen.



Der neue Vorstand unseres GRÜNEN Ortsverbands Ampermoos

Im Mai wurde der Vorstand des OV Ampermoos turnusgemäß neu gewählt. Wir freuen uns, dass wir mit Dr. Cornelia Wiesmeier aus Grafrath eine neue Sprecherin haben (im Bild v.l.). Als Sprecher bestätigt wurde Thomas Prieto Peral, Grafrath (h.r.). Beisitzerinnen sind Barbara Lackemeier, Schöngeising (v.M.) und Gabriele Golling, Kottgeisering (v.r.), neuer Kassier ist Christian Dawid, Schöngeising (h.L.). Verabschiedet wurden Helma Dreher und Susanne Josties.

Schon
gewusst?



Wählen geht bereits
ab dem 6. August

Alle Infos auf:
[gruene.de/briefwahl](https://www.gruene.de/briefwahl)